



Allgemeine Informationen zum Bewilligungsverfahren

VORBEMERKUNG	2
I. GRUNDSÄTZLICHES.....	2
II. INHALT GESUCHSDOSSIER	8
III. AUFLAGEN	9
ANHANG: PLAN STADT BERN INKL. STADTTEILE	12



Vorbemerkung

Die Stadt Bern engagiert sich für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau. Der besseren Lesbarkeit halber wird in den Gesuchunterlagen gleichwertig für beide Geschlechter die männliche oder weibliche Bezeichnung stellvertretend für verschiedene Personen resp. Personengruppen verwendet. So steht beispielsweise «Interessentin» stellvertretend für «Interessent / Interessentin» und «Gesuchssteller» für «Gesuchsstellerin / Gesuchssteller» etc.

I. GRUNDSÄTZLICHES

1. Zuständigkeiten, Rechtsgrundlagen, Bewilligungsgegenstand

1.1	Rolle der Stadt Bern; Ausgangslage:	<p>Die Stadt ist im vorliegenden Verfahren weder Auftraggeberin noch Bestellerin. Es handelt sich nicht um einen Beschaffungsvorgang. Als Hoheitsträgerin über den öffentlichen Strassenraum fungiert die Stadt als Bewilligungsbehörde. In dieser Ordnungsfunktion hat sie die Aufgabe, bestimmte sogenannte polizeiliche Schutzgüter (wie Verkehrssicherheit, Orts- und Strassenbild; vgl. Ziff. I/1.3) zu wahren.</p> <p>Mit dem erstmals durchgeführten Bewilligungsverfahren will die Stadt im Rahmen eines geordneten, rechtsstaatlich korrekten und transparenten Prozesses allen Interessentinnen rechtsgleiche und wettbewerbskonforme Marktzugangs-Chancen eröffnen.</p> <p>Dabei ist zu beachten, dass die Stadt ihrerseits voraussichtlich im Frühsommer 2018 unter dem Label «Velo Bern» ein städtisches Veloverleihsystem mit fixen Ausleihstationen einführen wird. Partnerin dafür ist <i>PubliBike</i>. Auserkoren worden ist diese Firma in einem offenen Verfahren nach den Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens, welches im Sommer 2015 auf der Beschaffungsplattform <i>simap.ch</i> publiziert worden war.</p> <p>Im Gegensatz dazu werden allfällig bewilligte Free-Floating-Veloverleihsysteme kein offizielles städtisches Angebot darstellen, sondern eine rein privatkommerzielle Tätigkeit auf eigenes unternehmerisches Risiko der jeweiligen Betreiberin. Entsprechend gilt für sie auch keine Betriebspflicht (d.h. das Unternehmen entscheidet im Rahmen der erteilten Bewilligung selber, ob und wie lange es in Bern seinen Service anbietet). Trotzdem hat die Stadt mit Blick auf ihren Anspruch, «Velohauptstadt» zu sein, und in Anbetracht der knappen Platzverhältnisse im öffentlichen Raum ein legitimes Interesse daran, dass eventuelle weitere Bike-sharing-Angebote tatsächlich funktionstüchtig sind. Die mit einer allfälligen Bewilligung verbundenen Auflagen verfolgen dieses Anliegen.</p>
-----	--	--



1.2	Zuständigkeiten im Bewilligungsverfahren:	Durchführung Bewilligungsverfahren bis und mit Entscheidungsvorbereitung: Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün der Stadt Bern
		Entscheid über Bewilligungserteilung: Gemeinderat der Stadt Bern (= Stadtregerung)
		Freigabe zum Roll-Out: Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün der Stadt Bern
1.3	Rechtsgrundlagen:	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesgesetz über den Binnenmarkt (Binnenmarktgesetz, BGBM) - kantonales Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRPG) - Art. 68 kantonales Strassengesetz (SG) - <i>zentral</i>: städtische Strassennutzungsverordnung (SNV), insbes. Art. 2 und 3: <p>«Art. 2 SNV Bewilligungsvorbehalt</p> <p>1 Die Nutzung öffentlicher Strassen im Sinne gesteigerten Gemeingebrauchs bedarf einer Bewilligung. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Verordnung vom 22. August 2001 über die kulturellen Strassenaktivitäten.</p> <p>2 Soll eine Bewilligung auch für öffentliche Strassen in privatem Eigentum gelten, ist die Zustimmung der jeweiligen Eigentümerin oder des Eigentümers erforderlich. Diese Zustimmung ist von der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller beizubringen.</p> <p>Art. 3 SNV Verweigerungsgründe</p> <p>Die Bewilligung wird verweigert, wenn ihrer Erteilung polizeiliche Gründe entgegenstehen. Dies trifft namentlich zu, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> a. eine Beeinträchtigung des Verkehrs oder des Stadtbildes zu befürchten ist; b. gesundheitspolizeiliche Gründe gegen eine Bewilligung sprechen; c. die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet erscheint.»
1.4	Gegenstand des Bewilligungsverfahrens:	<p>Die Nutzung öffentlicher Strassen auf Territorium der Stadt Bern für den Betrieb eines Free-Floating-Veloverleihsystems bedarf einer Bewilligung (vgl. Ziff. I/1.3).</p> <p>Im Wesentlichen geht es darum, potenzielle Nutzungskonflikte im knappen öffentlichen Raum, namentlich in der Innenstadt, zu vermeiden.</p> <p>Die Stadt Bern behält sich ausdrücklich vor,</p> <ul style="list-style-type: none"> - eine oder mehrere Bewilligungen zu erteilen, oder - gar keine Bewilligung auszustellen, sofern polizeiliche Gründe einer Erteilung entgegenstehen resp. die Gesuchstellerinnen für die Einhaltung der Auflagen nicht Gewähr bieten. <p>Auf die Erteilung einer Bewilligung besteht kein Rechtsanspruch.</p>



1.5	Fokus Bewilligungsverfahren:	Aufgrund der knappen Platzverhältnisse bezieht sich das Bewilligungsverfahren nur auf Standard-Velos und E-Bikes. Gesuche um Nutzung öffentlicher Strassen für einen Betrieb mit Spezialvelos wie z.B. CargoBikes bzw. mit anderweitigen Trend-Fahrzeugen wie Segways oder E-Rollern sind im vorliegenden Verfahren ausgeschlossen.
1.6	Bewilligungsperiode:	Eine allfällige Bewilligung ist befristet und wird für einen Zeitraum von 5 (fünf) Jahren erteilt. Die Laufzeit beginnt mit Freigabe zum Roll-Out (siehe Ziff. I/2.11) – voraussichtlich frühestens im Sommer 2018. Vgl. auch Ziff. I/4.3
1.7	Gebührenfreiheit im Bewilligungsverfahren; Vorbehalt für spätere Benutzungsgebühr:	Die Stadt Bern erhebt keine Bearbeitungsgebühren für die Behandlung der Bewilligungsgesuche resp. für das Ausstellen eines allfälligen Bewilligungsentscheids. Nach zurzeit geltendem Recht wird für die Beanspruchung öffentlicher Strassen durch den Betrieb eines Free-Floating-Veloverleihsystems keine Benutzungsgebühr erhoben. Die Stadt Bern muss sich indes vorbehalten, während der Laufzeit der Bewilligung neu eine Gebührenpflicht geltend zu machen und den Bewilligungsinhaberinnen für die Restlaufzeit eine Benutzungsgebühr aufzuerlegen. Dies setzt voraus, dass die Einführung einer spezifischen Gebühr politisch beschlossen und rechts-wirksam wird.

2. Bewilligungsverfahren: Eckpunkte zum Ablauf und formale Rahmenbedingungen

2.1	Publikation auf Homepage sowie öffentliche Bekanntmachung (Kurzinformation) im amtlichen Publikationsorgan («Anzeiger Region Bern»):	Freitag, 02. März 2018
2.2	Verfahrenssprache:	Deutsch; insbesondere muss das Gesuchsdossier in deutscher Sprache verfasst sein (siehe Art. 32 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 Bst. b VRPG).
2.3	Währungsvorschrift:	Allfällige Geldbeträge sind in CHF anzugeben.
2.4	Einreichungsfrist und -form (vgl. auch Ziff. I/3):	Freitag, 06. April 2018 Die Einreichungsfrist ist nicht erstreckbar. Die vollständigen und unterzeichneten Gesuchsunterlagen (2-fach Papier und 1 Datenträger) sind im verschlossenen Umschlag deutlich mit dem Vermerk «Bewilligungsgesuch Free-Floating – nicht öffnen» zu kennzeichnen. Die Gesuchsunterlagen müssen via A-Post oder als Einschreiben versendet und an einer Schweizer Poststelle aufgegeben werden. Es gilt der Poststempel einer Schweizer Poststelle.



2.5	Unabänderlichkeit Gesuchsdossier:	Aus Gründen der Chancengleichheit gelten für alle Gesuchstellerinnen dieselben Spielregeln. Entsprechend sind nach Ablauf der Einreichungsfrist Nachbesserungen am Gesuchsdossier sowie die Nachreichung von Dokumenten ausgeschlossen.
2.6	Einreichungsadresse:	Verkehrsplanung Stadt Bern Vermerk: «Bewilligungsgesuch Free-Floating – nicht öffnen» Zieglerstrasse 62 Postfach 3001 Bern
2.7	Auskunft; Informationsveranstaltung:	Allfällige Fragen können im Rahmen einer Informationsveranstaltung geklärt werden. Diese findet am Freitagvormittag, 16. März 2018, in Bern statt. Anmeldungen für die Informationsveranstaltung sind erbeten bis Mittwoch, 09. März 2018, an folgende E-Mail-Adresse: karl.vogel@bern.ch Hinweis: Es werden ausschliesslich Anmeldungen zu der Informationsveranstaltung entgegengenommen. Weder wird in der Sache Korrespondenz geführt noch sind Besprechungen möglich (siehe auch Art. 48 VRPG).
2.8	Zeitpunkt der Gesuchsöffnung:	Die eingereichten Gesuche werden nach Ablauf der Einreichungsfrist geöffnet. Der Anlass ist nicht öffentlich.
2.9	Bewilligungsentscheid; Eröffnung / Kommunikation:	Über die Gesuche wird voraussichtlich ab KW 21/2018 entschieden. Der Entscheid wird den Gesuchstellerinnen postalisch eröffnet. Vor der förmlichen Eröffnung werden weder aktiv noch auf Anfrage hin mündliche Auskünfte erteilt. Parallel zur Eröffnung erfolgt die Kommunikation gegenüber den Medien.
2.10	Beschwerdemöglichkeit:	Gegen den Entscheid kann innert 30 Tagen nach Eröffnung Beschwerde eingereicht werden. Der Entscheid wird eine Rechtsmittelbelehrung enthalten.
2.11	Freigabe zum Roll-Out:	Nach unbenutztem Ablauf der Beschwerdefrist (vgl. Ziff. I/2.10) gibt die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün das Roll-Out frei – voraussichtlich frühestens Ende Juni 2018. Sollten Rechtsmittel den Betriebsbeginn des städtischen Veloverleihsystems «Velo Bern» verzögern, kann dies den Zeitpunkt der Freigabe zum Roll-Out beeinflussen (vgl. Ziff. I/4.3).



3. Formale Anforderungen; Folgen bei Nichteinhaltung (vgl. auch Ziff. I/2.2 – 2.6)

3.1	Abzugebende Unterlagen:	Das Gesuchdossier gilt als vollständig, wenn die Unterlagen gemäss Gliederungstitel II. vollständig ausgefüllt und rechtsgültig unterzeichnet sind.
3.2	Medium:	Die Gesuche sind in 2-facher Anfertigung in Papier und 1-fach auf einem digitalen Datenträger einzureichen.
3.3	Nichtberücksichtigung Gesuche:	Unvollständige oder zu spät eingereichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

4. Bewilligung

4.1	Perimeter	Die Bewilligung bezieht sich auf öffentliche Strassen und Plätze auf dem Gemeindegebiet der Stadt Bern.
4.2	Bewilligungserteilung:	<p>Die Stadt Bern behält sich jeglichen Entscheid bezüglich Bewilligungserteilung / -verweigerung vor.</p> <p>Eine Bewilligung kann einer Interessentin oder mehreren Interessentinnen erteilt werden.</p> <p>Die Einhaltung der maximalen Flottengrösse für das Gebiet der Stadt Bern muss zu jeder Zeit gegeben sein. Im Falle der Bewilligungserteilung an mehrere Interessentinnen wird eine individuelle Flottengrösse pro BewilligungsinhaberIn definiert.</p>
4.3	Laufzeit der Bewilligung; keine Betriebspflicht:	<p>Die rund 5-jährige Bewilligungsperiode für Free-Floating-Veloverleihsysteme soll möglichst zeitlich koordiniert sein mit der festen Laufzeit des Veloverleihsystems von <i>PubliBike</i> (Betreiberin des städtischen Veloverleihsystems «<i>Velo Bern</i>»). Der Betriebsbeginn von «<i>Velo Bern</i>» ist nach aktuellem Projektstand für Frühsommer 2018 vorgesehen (vgl. Ziff. I/1.6 sowie I/2.11).</p> <p>Falls sich die Stadt Bern und <i>PubliBike</i> auf eine Verlängerung ihres Vertragsverhältnisses verständigen sollten, ändert dies die Bewilligungsperiode für Free-Floating-Veloverleihsysteme nicht.</p> <p>Free-Floating-Veloverleihsysteme unterliegen keiner Betriebspflicht, d.h. sie können von der jeweiligen Betreiberfirma jederzeit – auch vor Ablauf der fünfjährigen Bewilligungsperiode – wieder eingestellt werden.</p> <p>Verschwinden Free-Floating-Veloverleihsysteme während der Bewilligungsperiode vom Markt – sei es aus eigenem unternehmerischem Entschluss, sei es auf behördliche Anordnung hin –, so besteht auf Seiten der Interessentinnen kein Rechtsanspruch darauf, dass die Stadt vorzeitig ein neues Bewilligungsverfahren durchführt.</p>



4.4	Unübertragbarkeit der Bewilligung:	<p>Erteilte Bewilligungen gelten spezifisch und ausschliesslich für die Firma, welche das Gesuch gestellt hat, und sind unübertragbar.</p> <p>Will die Bewilligungsempfängerin während der Laufzeit der Bewilligung Teile des operativen Geschäfts im Rahmen eines Betriebsmanagement-Vertrags oder dergleichen auf eine oder mehrere Drittfirmen auslagern, so hat sie dafür vorgängig die ausdrückliche schriftliche Zustimmung der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün der Stadt Bern einzuholen. Gegenüber den Behörden bleibt ausschliesslich die Bewilligungsinhaberin verantwortlich.</p> <p>Soll die Bewilligung als Asset in ein Joint-Venture oder Fusions-Vorhaben eingebracht werden, bedarf dies ebenfalls der vorgängigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün der Stadt Bern; im Fall einer Absorptions-Fusion (Übernahme der Bewilligungsinhaberin) verfällt die Bewilligung ohne Weiteres (vgl. Ziff. III/1.2).</p>
4.5	Entzug der Bewilligung bei Regelverstössen:	<p>Bei Missachtung der gesetzlichen Vorschriften und insbesondere bei gravierender Verletzung einer Auflage, kann die erteilte Bewilligung nach vorheriger schriftlicher Verwarnung mit sofortiger Wirkung entzogen werden.</p>
4.6	Vorbehalt für Bewilligungsanpassung während der Laufzeit:	<p>Die Stadt Bern behält sich für den Fall einer erheblich geringeren Nachfrage als angenommen vor, Bewilligungsänderungen für die Restlaufzeit vorzunehmen (vgl. Ziff. III/2.6).</p> <p>Ausserdem kann die Stadt die Bewilligung nach Anhörung der Bewilligungsinhaberin anpassen, sollten sich die relevanten Rahmenbedingungen in unvorhersehbarer Weise wesentlich verändern.</p>



II. INHALT GESUCHSDOSSIER

1. Präsentation Free-Floating-Veloverleihsystem (A)

Präsentation Free-Floating-System mit folgenden Angaben

(max. 4 DIN A4-Seiten, Schriftgrösse mind. 10 Pt.; Schriftart Arial – **diese formalen Anforderungen müssen von der Gesuchstellerin zwingend beachtet werden**):

- kurze, summarische Analyse des lokalen Marktes inkl. Bedürfnis-Einschätzung
- Darstellung der Funktionsweise des Free-Floating-Veloverleihsystems unter Einbezug der verwendeten Applikation, etc.
- Kurzbeschreibung des Geschäftsmodells*
- relevante technische Spezifikationen der vorgesehenen Fahrräder (Standard-Velos und/oder E-Bikes)

2. Erfüllung Auflagen (B)

Die eingereichten Gesuche werden nur weiter berücksichtigt, wenn die jeweilige Gesuchstellerin Gewähr dafür bietet, die Auflagen (vgl. Gliederungstitel III.) einwandfrei zu erfüllen. Die entsprechenden Angaben sind im Dokument «Teil B - Erfüllung Auflagen» zu machen.

3. Nachweise (C)

Dem Gesuch sind im Weiteren folgende Dokumente beizulegen:

- Nachweis CH-Firmensitz (Handelsregister)
- Auszug aus dem Betreibungsregister
- Erklärung betreffend Einhaltung Datenschutz resp. Vorlage der diesbezüglichen AGB (Check-list in Beilage 1)

4. Unterzeichnung Gesuch (D)

Das Gesuch muss vollständig (Teile A – D) und rechtsgültig unterzeichnet bis Freitag, 06. April 2018, eingereicht werden.

* Die Stadt Bern sichert zu, allfällige **von der Gesuchstellerin als solche deklarierte Geschäftsgeheimnisse vertraulich** zu behandeln und weder an Konkurrentinnen noch sonstige Dritte weiterzugeben. Vorbehalten bleiben Anordnungen übergeordneter Behörden.



III. AUFLAGEN

Allfällige Angaben zu den zu erfüllenden Auflagen sind im Dokument «Teil B - Erfüllung Auflagen» aufzuführen.

Nr.	Thema	Auflage
1 – Firma mit Sitz in der Schweiz		
1.1	Firmensitz	Die Gesuchstellerin muss ihren Firmensitz gemäss Handelsregistereintrag in der Schweiz haben. Ein entsprechender Nachweis ist einzureichen (vgl. Ziff. II/3).
1.2	Umstrukturierung Firma	Die Bewilligungsinhaberin verpflichtet sich, jegliche Umstrukturierung/Umgründung (Änderung der Rechtsform) ihrer Firma sowie das Verlegen des Firmensitzes unverzüglich schriftlich der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün der Stadt Bern zu melden.
2 – Ordnung / Beanspruchung öffentlicher Raum		
2.1	Flottengrösse	Insgesamt, d.h. im Fall mehrerer bewilligter Flotten zusammenge-rechnet, maximal 400 Velos auf Stadtgebiet. Aufteilung: Innere Stadt (=Stadtteil I; siehe Anhang) maximal 50 parkierte Velos (vgl. Ziff. III/ 2.5) und maximal 350 parkierte Velos im restlichen Stadtgebiet.
2.2	Beabsichtigte Mindestflottengrösse	Die Gesuchstellerin hat anzugeben, welche Mindestflottengrösse für sie unabdingbar ist, um in der Stadt Bern überhaupt operativ zu werden.
2.3	Parkieren Velos	Die Gesuchstellerin hat täglich sicherzustellen, dass Velos geordnet abgestellt werden. Nicht beeinträchtigt werden dürfen das Strassen- bzw. Stadtbild und der Verkehr, insbesondere der öffentliche und der Fussverkehr (es gelten die Regeln der Strassenverkehrsgesetzgebung). Weiter darf durch falsch abgestellte Velos nicht die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet werden. Die Gesuchstellerin hat zudem sicherzustellen, dass die Velos nicht auf den Ausleihstationen von <i>PubliBike</i> abgestellt werden. Störend bzw. falsch abgestellte Velos müssen innert nützlicher Frist (in der Regel innert eines halben Arbeitstages) weggeräumt werden.
2.4	Parkieren an öffentlichen Veloabstellplätzen	Die Gesuchstellerin hat täglich sicherzustellen, dass keine übermässige Belegung der öffentlichen (städtischen) Veloabstellplätze (Bodenmarkierung und/oder Ständer) entsteht. Pro Veloparkfeld kann mindestens 1 Velo abgestellt, aber maximal 10% der bestehenden Veloabstellplätze durch Free-Floating-Velos belegt werden.
2.5	Anzahl Velos Innere Stadt (= Stadtteil I)	Die Gesuchstellerin hat täglich sicherzustellen, dass im Stadtteil I (genaue Ausdehnung siehe Anlage) zwischen 06h00 und 20h00 nicht mehr als 50 Velos abgestellt sind. Massvolle temporäre Überschreitungen werden toleriert.



2.6	Bedürfnisnachweis nach 1. Betriebsjahr	Die Gesuchstellerin hat nach dem ersten Betriebsjahr Bericht zu erstatten, inwiefern sich ihre eigene Analyse des lokalen Marktes resp. ihre Nachfrage-Einschätzung laut Gesuchsdossier bestätigt hat. Die Stadt Bern behält sich für den Fall einer erheblich geringeren Nachfrage als angenommen vor, Bewilligungsänderungen für die Restlaufzeit vorzunehmen (vgl. Ziff. I/4.6).
3 – Qualität		
3.1	Wartung und Reparatur	Die Gesuchstellerin hat sicherzustellen, dass sämtliche auf öffentlichen Grund gelangende Velos in gut benutzbarem, fahrtüchtigem Zustand sind und regelmässig entsprechend kontrolliert und gewartet werden. Die Gesuchstellerin gewährleistet, dass nicht mehr fahrtüchtige Velos schnellstmöglich entfernt werden.
3.2	Ausstattung Velo	Die Velos müssen mindestens folgende Ausstattung haben: <ul style="list-style-type: none"> • Die Ausstattung der Velos muss den Vorgaben der Strassenverkehrsgesetzgebung entsprechen. • Die Velos müssen über eine automatische Beleuchtung verfügen. • Die Funktionsfähigkeit der Bremsen muss gewährleistet sein. • Die Velos müssen mindestens 3 Gänge aufweisen. • Es muss sichergestellt werden, dass die Velos beim Parkieren einen sicheren Stand haben. <p>Zusätzlich zu beachten: Bei schnellen E-Bikes (bauartbedingte Höchstgeschwindigkeit bis 20 km/h und Tretunterstützung von über 25 bis maximal 45 km/h) gilt gemäss Strassenverkehrsgesetzgebung eine Helmpflicht. Entsprechend wird empfohlen, einen Velohelm (geprüft nach Norm EN 1078) zur Verfügung zu stellen resp. entsprechende Hinweise anzubringen.</p> <p><i>Es wird darauf hingewiesen, dass keine Abnahme der Velos durch die Stadt Bern stattfinden wird. Funktionstüchtigkeit und Ausgestaltung der Velos liegen in der unternehmerischen Verantwortung der Gesuchstellerin.</i></p>
4 – Ästhetik (inkl. Drittwerbung)		
4.1	Erscheinungsbild	Aufgrund der Bedeutung der Innenstadt Bern als UNESCO-Weltkulturerbe hat die Gesuchstellerin bei der Ausgestaltung des Velos Signalfarben zu vermeiden. Die Stadt Bern behält sich vor, bei ästhetischer Unverträglichkeit mit dem Stadtbild Optimierungen am Velo zu fordern.

4.2	Zulässige Werbung	Die Werbung soll den Vorgaben der schweizerischen Lauterkeitskommission, insbesondere den Standards gemäss « <i>Grundsätze Lauterkeit in der kommerziellen Kommunikation</i> » (www.faire-werbung.ch), entsprechen. Werbung für Tabak, Alkohol und Sexkontaktangebote sowie mit politischen und religiösen Inhalten ist nicht zulässig. Die maximale Fläche von Schriftzeichen und Logos auf den Velos beträgt 600cm ² und auf dem Gepäckkorb 400cm ² .
5 – Nutzerfreundlichkeit		
	Kundendienst / Hotline	Die Gesuchstellerin hat sicherzustellen, dass ein effektiver Kundendienst («Hotline») mindestens in deutscher und englischer Sprache mit angemessenen Geschäftszeiten zur Verfügung steht.
6 – Zusammenarbeit Stadt / Kompetenz Unternehmen		
6.1	Zusammenarbeit	Die Gesuchstellerin muss darlegen, wie die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Stadt Bern geplant ist. Insbesondere muss sie sicherstellen, dass eine kompetente Ansprechperson bzw. deren Stellvertretung permanent in der Schweiz anwesend und erreichbar ist (u. a. auch bei einer allfälligen Eskalation).
6.2	Kommunikation	Die Gesuchstellerin garantiert, dass die Kommunikation mit den Stadtbehörden in deutscher Sprache erfolgen kann.
6.3	Erfahrung	Die Gesuchstellerin muss mindestens ein Jahr Erfahrung im Geschäftsfeld Veloverleihsysteme aufweisen können.
7 – Kostenpflichtige Auslösung von Velos; Kautio		
7.1	Auslösen Velos	Die Gesuchstellerin ist verpflichtet, behördlich abtransportierte und verwahrte Velos innert Wochenfrist auf eigene Rechnung auszulösen.
7.2	Kautio	Zur Absicherung der finanziellen Risiken der Stadt Bern – insbesondere für den Fall der Zurücklassung der Flotte oder von Flottenteilen auf Stadtboden – hat die Bewilligungsempfängerin eine Kautio in Höhe von maximal CHF 5'000.– auf ein städtisches Konto zu leisten. Die Kautio ist unverzinslich. Die Kautio wird – soweit nicht beansprucht – nach Beendigung des Bewilligungsverhältnisses zurückerstattet.
8 – Datenschutz		
	Einhaltung der Datenschutzgesetzgebung	Die Gesuchstellerin hat sicherzustellen, dass die Betriebsorganisation und insbesondere die Applikation zur Benutzung des Veloverleihsystems datenschutzkonform sind. Es ist anzugeben, wie die in der Check-list (Beilage 1) aufgeführten Bedingungen eingehalten werden (vgl. Ziff. II/3).

ANHANG: Plan Stadt Bern inkl. Stadtteile

